

**Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten.**

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat heute empfangen: namens der Rumänen den Abgeordneten Dr. v. Ispărescu Greoni, namens der Südslawen die Abgeordneten Doktor

Korošec und Bukotic, namens der Wiener freisinnigen Abgeordneten die Abgeordneten Friedmann und Dr. Djner, namens der Kurlen die Abgeordneten Doktor Petruszewicz, Dr. Eugen Lewicki und Doktor Erilowski, namens der deutschen Sozialdemokraten die Abgeordneten Seig, Seber und Glöckel, namens der deutschnationalen Parteien die Abgeordneten Dr. Waldner, Dr. Urban, Kraft, Hager, Kemetter und Hummer. Gestern war namens der Italiener Abgeordneter Sabutti beim Ministerpräsidenten erschienen.

**Mitteilungen der Südslawen über ihre Unterredungen mit Dr. v. Seidler und dem Grafen Burian.**

Vom Präsidium des Südslawischen Klubs wird mitgeteilt: Für heute nachmittag hatte Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler das Präsidium des Südslawischen Klubs zu sich geladen, um sich über die Haltung der Südslawen in einer eventuellen Parlamentstagung zu informieren. Der Obmann des Südslawischen Klubs Dr. Korošec und Abgeordneter Dr. Bukotic erklärten dem Ministerpräsidenten, die Südslawen wünschen und fordern die sofortige Einberufung des Parlaments, auf welches die Völker ein verfassungsmäßiges Recht haben. Gegen die gegenwärtige Regierung werden sie im Parlament in die schärfste Opposition treten. Der Kampf der Südslawen wird nur der Regierung gelten, nicht dem Parlament. Welcher Mittel sie sich bei der Ausübung der Opposition bedienen, darüber werden erst Beratungen gepflogen und gemeinsam mit dem Czechischen Verband Beschlüsse gefaßt werden. Es liege übrigens gar kein Grund vor, dieser Regierung im voraus Aufklärungen über das taktische Verhalten zu geben. Wenn die Regierung Sicherungen wünscht, so gibt es in einem konstitutionellen Staate wohl nur eine: die Schaffung einer großen Arbeitsmehrheit. Findet die Regierung eine solche nicht, dann müsse sie wissen, was sie zu tun hat. Die Vertreter des Südslawischen Klubs legten bei dieser Gelegenheit schärfsten Protest ein gegen die den Südslawen gegenüber eingeleiteten Persektionen.

Die Audienz des Delegierten Dr. Korošec beim Minister des Außern Grafen Burian galt unter anderm auch der Besprechung der südslawischen Frage.

Weiter wird von südslawischer Seite mitgeteilt: Die Aussprachen der südslawischen Vertreter beim Ministerpräsidenten und beim Außenminister trugen rein informativen Charakter. Während der Ministerpräsident sich über unsere Haltung, die wir bei einer eventuellen Parlamentstagung einnehmen werden, informieren wollte, erhielten wir vom Minister des Außern Grafen Burian, mit dem wir sowohl die südslawische als auch andere Fragen sehr eingehend erörterten, interessante Mitteilungen, über die wir jedoch strengstes Stillschweigen bewahren werden. Diese Fragen sind so heikel, daß wir unmöglich uns darüber äußern können und mit Rücksicht auf die Stellung des Außenministers uns auch nicht äußern wollen. Um so freier konnten wir unsere Meinung über die Konferenz beim Ministerpräsidenten äußern. Der Ministerpräsident wollte von uns erfahren, was für eine Haltung wir im Parlament, wenn es einberufen wird, einnehmen, und wir haben seinem Wunsche Rechnung getragen, indem wir klipp und klar sagten, wie wir über das Parlament und die Regierung denken. Ritter v. Seidler wird nun wohl kaum mehr darüber im Zweifel sein, welche Stellung wir einnehmen, wenn das Haus zusammentritt. Unsere Taktik und die Taktik der Czechen wird sich aus dem jeweiligen Stande der Dinge im Parlament ergeben und von dem gemeinsamen Aktionskomitee festgesetzt werden.

**Die Ukrainer über ihren Empfang beim Ministerpräsidenten.**

Das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung veröffentlicht über seine mehr als einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten folgende Mitteilung: Der Kabinettschef erklärte, daß sein Bestreben darauf gerichtet sei, das Parlament flottzumachen, dessen Einberufung noch in diesem Monat erfolgen soll. Vorher müsse er sich allerdings von den Parteien die Zusicherung beschaffen, ob die Staatsnotwendigkeiten erledigt werden können und daß nichts unternommen werde, was dem Ansehen der Monarchie nach außen hin Schaden und ihre Stellung im Kriege gefährden könnte. Der Ministerpräsident erjuchte die Abordnung, ihm bekanntzugeben, welche Haltung die Ukrainer bei einer Tagung des Hauses einnehmen werden. Die Vertreter der Ukrainer erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die derzeit bestehende ungeklärte politische Lage, insbesondere aber auf die in Ostgalizien herrschenden Zustände, heute nicht in der Lage seien, eine bindende Erklärung abzugeben. Es sei unbedingt notwendig, daß der Klub zusammentrete und darüber berate und beschließe, welche Haltung die Partei im Parlament einnehmen soll. Zu diesem Zweck wurde der Klub für den 14. Juni einberufen, an welchem Tage dann das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung der Regierung die gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis bringen werde.

**Die sozialdemokratischen Delegierten beim Minister des Außern.**

Die Delegierten Dr. Ellenbogen, Otto Glöckel und Pittoni hatten heute eine längere Aussprache mit dem Minister des Außern Grafen Burian. In der Konferenz kam insbesondere die Einberufung des Reichsrates und des Delegationsausschusses für Neuperes zur Sprache.

**Umgestaltung des Verbandes der deutschnationalen Parteien.**

Wie gemeldet, hat der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Dr. Waldner die Mitglieder der einzelnen deutschnationalen Parteigruppen zu einer Vollversammlung für Freitag den 14. d., nachmittags 3 Uhr, einberufen. Die deutschnationale Partei wurde für Freitag den 14. d., 10 Uhr vormittags, die Deutschnationale Vereinigung für denselben Tag um 11 Uhr vormittags zu Sitzungen eingeladen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung, in der zur politischen Lage Stellung genommen werden wird, steht unter anderm ein Antrag des Abgeordneten Kraft, auf Umgestaltung des Verbandes der deutschnationalen Parteien, Auflösung des Verbandsausschusses und Abhaltung regelmäßiger Vollversammlungen. An die Stelle des Verbandsausschusses sei — so schlägt der Antrag vor — ein Obmannerverband zu setzen, dessen Tätigkeit im wesentlichen eine vorbereitende sein wird.